

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 15.11.2012	Beginn 17:02 Uhr	Ende 19:35 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kirschner, Thorsten
Orentat-Steding, Ingrid
Philipp, Gerd E.
Schier, Klaus Peter
Flüshöh, Oliver
Hens, Bernd
Kampschulte, Matthias
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Poschmann, Jan
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Weidenfeld, Uwe
Kranz, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Bockelmann, Christian Dr.

Vertretung für Herrn Stark

Vertretung für Herrn Gießwein

Vertretung für Herrn Feldmann

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr. bis 19:30 Uhr - TOP B 3
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Effert, Susanne
Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Klos, Karlheinz
Menke, Olaf
Mollenkott, Marion
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf
Sormund, Frank
Striebeck, Thomas
Tolksdorf, Andreas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Stark, Wolfgang

Vertretung durch Herrn Poschmann
bis 19:25 Uhr - TOP B 3

Gießwein, Marcel
Feldmann, Jürgen

Vertretung durch Herrn Weidenfeld
Vertretung durch Frau Lubitz

Bürgermeister Stobbe gratuliert Frau Orentat-Steding vor Eintritt in die Tagesordnung nachträglich ganz herzlich zu ihrem 65. Geburtstag.

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|--|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2012 | |
| 4 | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung | |
| 5 | Mitteilungen | |
| 6 | Ausschussumbesetzung | 252/2012 |
| 7 | Bestellung eines neuen stellv. stimmberechtigten Mitglieds | 240/2012 |
| 8 | Bestellung eines neuen beratenden Mitglieds | 239/2012 |
| 9 | Berufung eines/r ausländischen Mitbürgers/in als sachkundige/r Einwohner/in im Jugendhilfeausschuss | 216/2012 |
| 10 | Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung | |
| 11 | Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW- Unterschriftensammlung für die Wiederherstellung der alten Einbahnstraßenregelung der Bismarckstraße | 213/2012/1 |
| 12 | Entwicklung Baugebiet Winterberg | |
| 13 | Schwelm - Stadt der Nachbarschaften ; Antrag der CDU-Fraktion vom 04.08.2012 | 189/2012 |
| 14 | Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern Döinghauser Straße - Antrag der FDP-Fraktion vom 06.07.2012 Bebauungsplan "Parkfläche sichern" | 193/2012 |
| 15 | Einbringung des Antrages der Fraktion „Die Linke“ zur Gründung eines Kinder- und Jugendparlamentes | 159/2012/1 |

- | | | |
|----|---|----------|
| 16 | Konzept Frühe Hilfen/Präventionsketten | 161/2012 |
| 17 | Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen
/Auszahlungen im Produkt 01.01.15 - Allg.
Personalwirtschaft | 242/2012 |
| 18 | Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die
Verwaltung | |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Anschluss stellt er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Zur Tagesordnung trägt er nachstehende Ergänzungen vor:

HINZUKOMMENDE VORLAGEN / TOPE:

neu A 6 – VL 252/2012

„ Ausschussumbesetzung“

neu A 17– VL 242/2012

„Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe“

↳ *Beide Vorlagen liegen aus !*

UMZUBENENNENDER TOP:

B 3

~~„Anfrage der CDU vom 18.09.2012~~ **Entwicklung** "Baugebiet Winterberg"

Herr Kranz bemängelt, dass im System das Einladungsdokument wieder nicht als Pdf-Datei eingestellt sei.

Herr Stobbe informiert, dass kurz vor der Sitzung noch eine Änderung einer Vorlage erfolgen musste und systembedingt die Aktualisierung wahrscheinlich noch nicht hochgeladen sei.

Auf die Anregung der Frau Lubitz, TOP 14 mit Vorlage 159/2012/1 zu vertagen, da diese im letzten Jugendhilfeausschuss ebenfalls vertagt worden sei, erklärt Herr Schweinsberg, dass er vorschläge, bei Aufruf des TOPes ebenso zu verfahren.

Anschließend ruft Bürgermeister Stobbe zur Beschlussfassung über die Änderung / Ergänzung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2012

Die Niederschrift wird genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Es stellt sich Herr Bosselmann vor und erklärt, dass er den Bürgerantrag hinsichtlich der Umkehrung der Bismarckstraße in den ursprünglichen Zustand gestellt habe. Er bezieht sich auf die im Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung (AUS) beschlossene Vertagung und erkundigt sich, zu wann er diese Vertagung verstehen müsse.

Nach Hinweis des Herrn Stobbe, dass der nächste AUS für den 19.02.2013 vorgesehen sei, trägt Herr Bosselmann seine Bedenken vor, dass sich die aktuelle Verkehrsregelung bei einem Wintereinbruch wie dem vor zwei Jahren als sehr problematisch erweisen könnte.

5 Mitteilungen

Herr Schweinsberg nimmt Bezug auf den von der Fraktion B'90/Die Grünen vorgetragenen Prüfauftrag, die vorgesehene Ersatzbeschaffung im Bereich der Feuerwehr zu verschieben oder ggf. darauf zu verzichten.

Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes, zu dem unter anderem die Ausstattung der Feuerwehr mit Fahrzeugen gehöre, befinde sich zur Zeit in Vorbereitung. Daher schlage die Verwaltung zur Erledigung des Prüfauftrages vor, dass jede Fraktion einen Teilnehmer zu den Arbeitsgesprächen, die aktuell zwischen dem beauftragten Gutachter und den Teilnehmern der Projektgruppe aus Feuerwehr und Verwaltung geführt werden, entsende. So können alle Fragen direkt vom Gutachter beantwortet werden.

Die Benennung der jeweiligen Teilnehmer aus den Fraktionen bittet er gegenüber Herrn Guthier vorzunehmen.

Als nächstes führt Herr Schweinsberg den von der SPD-Fraktion unterbreiteten Vorschlag auf Sachstandsbericht des Behindertenkoordinators im Hauptausschuss an und schlägt hierfür die erste Hauptausschusssitzung in 2013 vor.

Herr Stobbe spricht anschließend die ab Anfang nächsten Jahres vorgesehene Darstellung des von der AVU angebotenen Solarpotenzialkatasters auf der Internetseite der Stadt Schwelm an. In den ersten drei Jahren fallen für die Stadt Schwelm keine Kosten an. Erst ab dem vierten Jahr muss voraussichtlich mit Kosten von rd. 350 € jährlich gerechnet werden.

Zu der noch immer im Raum stehenden Anfrage des Herrn Feldmann nach dem Verbleib des verkieselten Baumstamm aus dem Park des Schlosses Martfeld informiert Herr Stobbe, das auch eine nochmalige Nachfrage bei Herrn Flocke, Herrn Stockermann (TBS) und Herrn Treimer (AGU) zu keinem Ergebnis geführt habe.

Der verkieselte Baumstamm sei keinem der Herren bekannt und die Möglichkeit der Recherche damit erschöpft.

Herr Tolksdorf berichtet, dass zum Bewerbungsschluss 12.11.2012 insgesamt 71 Bewerbungen auf die ausgeschriebene Ausbildungsstelle „Bachelor of Law“ eingegangen seien.

6 Ausschussumbesetzung

252/2012

Herr Stobbe informiert, dass kurz vor der Sitzung noch ein Änderungswunsch der FDP zur Ausschussbesetzung eingegangen sei, die den Liegenschaftsausschuss betreffe.

Aufgrund der aktuellen problematischen Besetzung des Ausschusses bittet er die Antragsteller, den Umbesetzungswunsch nochmals zu überdenken und schlägt vor, diesen im Anschluss ohne weitere Vorprüfung durch den Hauptausschuss direkt dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Beschluss:

Die in Vorlage 252/2012 vorgeschlagene Ausschussumbesetzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

7 Bestellung eines neuen stellv. stimmberechtigten Mitglieds

240/2012

Beschluss:

Als neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für den JHA soll aus dem Caritasverband Herr Dominik Spanke durch den Rat bestellt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

8 Bestellung eines neuen beratenden Mitglieds

239/2012

Kenntnisnahme festgestellt

9 Berufung eines/r ausländischen Mitbürgers/in als sachkundige/r Einwohner/in im Jugendhilfeausschuss

216/2012

Beschluss:

Die in der Vorlage aufgeführten ausländischen Mitbürger werden als sachkundige Einwohner bzw. als Vertreter mit beratender Stimme in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

**10 Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm -
Entscheidungen für eine zukunftsorientierte
bürgernahe Verwaltung**

Herr Stobbe erinnert zum Thema an den mit Vertretern der Politik stattgefundenen Workshop.

Anschließend bezieht sich Herr Tolksdorf auf eine noch unbeantwortete Fragestellung aus dem letzten Hauptausschuss zur Anzahl der Arbeitsunfälle, dem Anteil der Wegeunfälle und explizit der Wegeunfälle zwischen den Verwaltungsgebäuden. Er trägt hierzu nachstehend aufgeführte Zahlen vor:

	Arbeits- und Wegeunfälle	davon Wegeunfälle	Anteil Unfälle zwischen den Vw.- Gebäuden
2010	20	8	2
2011	10	2	
2012	8	2	

Auf die beiden Wegeunfälle zwischen den Verwaltungsgebäuden entfielen in Summe 22 Krankheitstage. Die Kosten hierfür beliefen sich auf rd. 4.350 €. Eine Erstattung von Seiten der Versicherung erfolgte nicht.

Auf Nachfrage des Herrn Kampschulte, ob nicht eine Erstattung im Wege des Umlageverfahrens möglich sei, erläutert Herr Dr. Bockelmann, dass dies nur auf Unternehmen mit weniger als 30 Personen zutrefte.

**11 Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW- 213/2012/1
Unterschriftensammlung für die Wiederherstellung
der alten Einbahnstraßenregelung der
Bismarckstraße**

Der Bürgermeister schlägt eine Vertagung der Angelegenheit in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Stadtplanung (AUS) vor.

Auf die Frage der Frau Gießwein, warum erst im Februar des nächsten Jahres weiter beraten werden solle, antwortet Herr Stobbe, dass erst für Februar 2013 die nächste Sitzung des AUS geplant sei.

Herr Flühöh gibt zu bedenken, dass die Politik erst am Dienstag das Verkehrsgutachten vorgestellt bekommen habe und er dies – auch im Hinblick auf die dort dargestellten Alternativen – erst beraten wolle.

Herr Weidenfeld schlägt als Option eine Vertagung in den Rat am 29.11.2012 vor und kann sich vorstellen, wenn keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Aussage des Gutachters bestehen, die Wiederherstellung der alten Fahrtrichtung in der

Bismarckstraße mit ein paar ersten Maßnahmen sofort umzusetzen und die mittelfristig notwendigen Maßnahmen an der Umsetzung des Brauereigeländes zu orientieren.

Herr Schwunk kann sich unter bestimmten Voraussetzungen die Umkehrung der Verkehrsführung in der Bismarckstraße vorstellen, hält es aber für erforderlich, dies als Gesamtkonzept zu sehen.

Herr Schier ist der Auffassung, dass man sich hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise an den Aussagen des Gutachters orientieren sollte und schlägt als Kompromiss eine Verlegung der für Februar 2013 vorgesehenen AUS-Sitzung in den Januar vor.

Herr Kirschner hält es für sinnvoll, die sich gerade bietende Chance, die Innenstadt als Ganzes zu betrachten, zu nutzen.

Nach weitergehender Erörterung verständigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses darauf, die Thematik in den nächsten AUS zu verweisen, den für den 19.02.2013 vorgesehenen AUS auf den 22.01.2013 vorzuziehen und dann über das Gesamtkonzept und nicht nur die Umkehrung der Bismarckstraße zu diskutieren.

Die Entscheidung ist für den Rat am 14.02.2013 vorgesehen.

12 Entwicklung Baugebiet Winterberg

Bürgermeister Stobbe erkundigt sich mit Hinweis, dass kein Angebot eingegangen sei, nach dem weiteren Vorgehen.

Er verweist auf eine zwischenzeitlich vorliegende Antwort des Städte- und Gemeindebundes NRW zu der Thematik, die verteilt wird.

Herr Schwunk erfragt die haushaltstechnischen Auswirkungen hinsichtlich des nun nicht eingehenden Verkaufserlöses.

Herr Schweinsberg erläutert, dass durch diese Mindereinnahme das Haushaltssanierungskonzept nicht gefährdet werde.

Herr Stobbe verweist auf eine weitere Erörterung im nichtöffentlichen Sitzungsteil.

13 Schwelm - Stadt der Nachbarschaften ; Antrag der 189/2012 CDU-Fraktion vom 04.08.2012

Herr Kampschulte erläutert die Beweggründe der CDU-Fraktion, die zur vorliegenden Antragstellung geführt haben und bittet die übrigen Fraktionen, den Antrag zu unterstützen. Hinsichtlich der Kosten können man sich eine sukzessive Umstellung vorstellen

Herr Kirschner spricht sich persönlich sehr für die Arbeit der Nachbarschaften in Schwelm aus, wendet aber ein, dass es viele Dinge in Schwelm gebe, die nach außen eine prägnante Wirkung erzeugen und damit einen Namenszusatz rechtfertigen könnten. Namenszusätze sollten seines Erachtens einen

wahrnehmbaren nennenswerten Charakter nach außen haben. Hier käme für ihn als Beispiel die Bezeichnung „Kreisstadt“ in Betracht.

Herr Flühöh akzeptiert diese Auffassung, hält die Nachbarschaften aber für einen wichtigen kulturellen Bestandteil der Stadt. Ein derartiger Namenszusatz greife tiefer in das Gemeinschaftsgefühl der Stadt ein.

Herr Schwunk hält die zu treffende Entscheidung für sehr weitreichend und schlägt daher eine breite Diskussion in der Bürgerschaft vor.

Es schließt sich ein weiterer lebhafter Meinungs austausch statt, in dem unter anderem Marketingaspekte eines Namenszusatzes, Konsensfähigkeit eines Vorschlags mit Hinweis auf die notwendige $\frac{3}{4}$ -Mehrheit, Auswirkungen auf Dokumente und Homepage der Verwaltung diskutiert werden. Herr Kranz stellt in dieser Diskussion den Antrag auf Vertagung in den Rat, um die vorgetragenen Argumente nochmals innerhalb der Fraktion erörtern zu können.

Abschließend ruft Herr Stobbe über den Vertagungsantrag in den Rat am 29.11.2012 auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

14 Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern 193/2012
Döinghauser Straße - Antrag der FDP-Fraktion vom
06.07.2012 Bebauungsplan "Parkfläche sichern"

Der Bürgermeister verweist auf ein ausgelegtes Schreiben des Vereins für Heimatkunde Schwelm e.V. und erklärt, dass dieses keine neuen Argumente enthalte, die nicht schon im AUS diskutiert worden seien.

Herr Schwunk hätte es begrüßt, wenn kein FDP-Antrag erforderlich gewesen wäre, sondern die Thematik von Anfang an auf eine andere Grundlage hätte gestellt werden können.

Es gebe kein Argument, das dafür spräche, den Bürgern den wesentlichen Teil des Parks unwiederbringlich zu nehmen. Die Fraktion der FDP sehe die Gefahr, dass hier etwas entstehe, das nicht wieder rückgängig gemacht werden könne, zumal sich auch keine wirtschaftliche Notwendigkeit erkennen lasse. Herr Schwunk führt an, dass das Curanum nur halb belegt sei.

Die Lage des vorgesehenen Bauprojektes werde nur für ein Klientel in Frage kommen, dass sich das Wohnen dort leisten könne. Der noch verbleibende Park werde zum Hinterhof der errichteten Häuser und förmlich abgeschnürt.

Profitieren werde lediglich der Eigentümer, der die Möglichkeit bekomme, das Grundstück zu verkaufen. Man sei der Ev. Kirche bisher schon in so vielen anderen Punkten entgegengekommen und ein Verkauf des Grundstückes werde die Defizite der Ev. Kirche nur kurzzeitig auffüllen können. Verlierer werde der Bürger in Schwelm sein.

Herr Flühöh weiß aus der Diskussion auf Kreisebene zu berichten, dass das Curanum nicht mehr das biete, was der zukünftigen Nachfrage entspreche. Es gebe einen Unterschied zwischen der Art der Plätze im Curanum und denen, die in der Döinghauser Straße geplant seien. Er weist darauf hin, dass die Politik einheitlich der Auffassung gewesen sei, dass es Bedarf gebe. Was werde, wenn dieser in Schwelm

nicht gedeckt werden könne? Die CDU-Fraktion habe die Angelegenheit intern diskutiert und keine einheitliche Meinung hierzu.

Einerseits sei eine derartig geplante Einrichtung ein nachvollziehbarer richtiger Ansatz, aber auf der anderen Seite stehen die Argumente aus dem Schreiben des Vereins für Heimatkunde und der AGU.

Herr Flüshöh erkundigt sich, ob man bereits darüber nachgedacht oder diskutiert habe, die Gebäude auf der Fläche der anderen Seite des Feierabendhauses anzusiedeln.

Herr Schweinsberg wirft ein, dass dies gegenüber der Verwaltung nicht kommuniziert wurde.

Herr Flüshöh selbst sieht die Gefahr nicht, dass der Park zugebaut werde und stellt die Notwendigkeit des Erlasses eines Bebauungsplanes in Frage. Die beabsichtigte Maßnahme sei ein Lückenschluss.

Herr Stobbe bringt in Erinnerung, dass der Politik das Vorhaben als nach § 34 BauGB zu behandelnde Maßnahme vorgestellt worden sei, woraus sich die nun geführte Diskussion entwickelt habe.

Herr Philipp merkt an, dass der „Blücherpark“ im Stadtentwicklungskonzept ein ganz wichtiger Aspekt sei, er aber auf dem betroffenen Teilbereich nur wenige Bäume gezählt habe. Von der Gesamtfläche bleibe ein großer Teil – auch Bäume – übrig. Allein der FDP-Antrag habe in der gesamten Angelegenheit ein verwischtes Bild erzeugt.

Die Stiftung beabsichtige die Errichtung einer „grünen Mauer“, sowie den Erhalt des Durchganges zum Bahnhofspark. Die Planer haben eine Lösung erarbeitet, die viele Aspekte berücksichtige. Er werde dem Antrag der FDP nicht zustimmen.

Herr Weidenfeld erläutert seine Haltung im städtebaulichen Sinn und erklärt, dass die geplante Maßnahme sinnvoll sei.

Frau Dr. Hortolani verdeutlicht noch mal, dass bei dem Bauvorhaben barrierefreie Wohnungen mit einer Anbindung an die Versorgungsmöglichkeiten des Feierabendhauses entstehen sollen. Für dieses Vorhaben sei die Fläche des Parks genial und beanspruche lediglich 15 % der Parkfläche.

Herr Flüshöh erkundigt sich, ob der Ansatz der FDP, einen Bebauungsplan mit den vorgeschlagenen Festsetzungen sowie eine Veränderungssperre zu beschließen, überhaupt richtig sei, um das Vorhaben zu verhindern und ob im Falle einer Ablehnung des FDP-Antrags unterschiedliche Auffassungen der Fraktionen zur Auslegung des § 34 BauGB in die Entscheidung der Verwaltung einfließen könnten.

Herr Guthier bestätigt die Aussage zur Notwendigkeit eines Bebauungsplans im unterstellten Fall und verweist in diesem Zusammenhang auf die Beratung im AUS vom 19.6.2012, sowie die dort gestellte Frage, wie Politik das Verfahren an sich ziehen könne. In dieser Sitzung habe die Verwaltung gleichsam ausgeführt, dass sich das vorgestellte Vorhaben nach Art und Maß in die Eigenart der näheren Umgebung einfüge und daher nach § 34 BauGB -planungsrechtlich- zulässig sei. Er rate davon ab, in diese Beurteilung durch Gremienbeschluss einzugreifen.

Für Herrn Kranz birgt die Thematik zwei wichtige Argumente. Zum einen befindet sich das Grundstück in Privatbesitz mit der dazugehörigen Entscheidungsfreiheit und zum anderen sei es wichtig, dass das Konzept als Ganzes stimmig sei.

Er werde daher der Verwaltungsvorlage zustimmen, wendet aber ein, dass diese keinen Beschlussvorschlag enthalte.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass – wie auch im AUS erfolgt – über den Beschlussvorschlag aus dem Antrag der FDP abzustimmen sei.

Herr Rüttershoff teilt mit, dass er persönlich grundsätzlich eine Bebauung in dem zur Diskussion stehenden Bereich ablehne, sich aber der Stimme enthalten werde, weil er dem Antrag der FDP nicht zustimmen könne.

Abschließend fordert Herr Stobbe zur Abstimmung über den Antrag der FDP vom 06.07.2012 mit folgendem Beschlussvorschlag auf:

1. *Der Rat der Stadt Schwelm beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplans zu der Parkfläche Döinghauser- /Bahnhofstr.*
2. *Der Rat der Stadt Schwelm beschließt eine Veränderungssperre.*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	4

**15 Einbringung des Antrages der Fraktion „Die Linke“ 159/2012/1
zur Gründung eines Kinder- und Jugendparlamentes**

Herr Stobbe schlägt unter Bezugnahme auf den Ausgang im letzten Jugendhilfeausschuss ebenfalls die Vertagung des Tagesordnungspunktes vor.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Herr Weidenfeld war während der Abstimmung nicht anwesend.

16 Konzept Frühe Hilfen/Präventionsketten 161/2012

Herr Philipp erkundigt sich, wann er die zugesagten Informationen zu seinen Fragen zur Anlage erhalte.

Herr Schweinsberg entschuldigt sich, dass er diese noch nicht erhalten habe und wird sich nochmals darum kümmern, dass ihm diese so schnell wie möglich zugehen.

Herr Flühshöh schlägt vor, die Angelegenheit in den Rat zu vertagen, da sich auch ihm die Zielgerichtetheit einiger Punkte noch nicht erschließen.

Für ihn sei denkbar, zunächst eine Bedarfsanalyse anzustellen, Mittel hierfür im Haushalt 2013 vorzusehen, um möglicherweise Mitte 2013 ein Ergebnis daraus vorliegen zu haben, mit dem weiter geplant und eine Stelle eingerichtet werden könnte.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass die Fachdiskussion hierzu im Jugendhilfeausschuss erfolgen sollte und würde einen dahingehenden Verweisungsvorschlag begrüßen.

Herr Dr. Bockelmann schließt sich dem Vorschlag zur Verweisung an den JHA an.

Herr Stobbe ruft daraufhin um Abstimmung über die Verweisung an den JHA auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

**17 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen 242/2012
/Auszahlungen im Produkt 01.01.15 - Allg.
Personalwirtschaft**

Beschluss:

Die überplanmäßige Aufwendung /Auszahlung bei der Buchungsstelle 01.01.15.514100 (Kosten der Beihilfe für Versorgungsempfänger) in Höhe von 350.000 € wird bewilligt.

Die Deckung erfolgt über Minderaufwendungen/auszahlungen im Rahmen des Deckungskreises „Personalaufwendungen“.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Herr Rüttershoff war während der Abstimmung nicht anwesend.

**18 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die
Verwaltung**

Herr Kranz bittet, den Sitzungskalender 2013 als Excel-Datei zur Verfügung zu stellen.

Herr Tolksdorf sagt dies zu.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 13 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 16.11.2012	Schritfführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------